



PROTOKOLLAUSZUG

zum

AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 23.02.2011

ÖFFENTLICH

TOP 1

Bericht über die Entwicklung des Fonds
"Jugend, Bildung, Zukunft" im Jahr 2010

Vorl.Nr. 032/11

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** gibt einen Rückblick auf die Entwicklung des Fonds „Jugend, Bildung, Zukunft“. Man habe in den 6 Jahren seiner Existenz rund 100 000 € ausgeschüttet und damit eine große Bandbreite an einzelnen Maßnahmen unterstützt, die allein aus dem städtischen Haushalt nicht zu realisieren gewesen wären. Als großes Projekt werde man noch bis 2012 die Kinder- und Familienzentren fördern.

Das Gremium anerkennt einmütig die bisher erzielten Erfolge bei der Spendeneinwerbung und freut sich über die zusätzlichen Spielräume, die der Fonds für die Förderung unterstützenswerter Projekte eröffne. Allerdings zeichne sich ab, dass es einerseits immer mehr Bewerber um die im Fonds zur Verfügung stehenden Mittel gebe und sich andererseits immer mehr Institutionen um potentielle Spender bemühten. Für die Zukunft sei daher die Akquise von weiteren Premium-Partnern und Spendern sowie die Werbung für den Fonds allgemein ein großes Anliegen.

Stadtrat **Glasbrenner** sieht den Fonds zwar positiv und will ihn weiterführen, warnt jedoch zugleich davor, dass dieser nicht zum Schattenhaushalt werden dürfe. Wichtig sei ihm auch, dass die Förderrichtlinien strikt eingehalten würden. Zudem regt er an, die vorhandenen Mittel breiter zu streuen und lieber mehrere Projekte mit kleineren Summen zu unterstützen.

Stadtrat **Heer** teilt die Meinung seines Vorredners. Exemplarisch führt er an, dass 2/3 der Förderung in Kinder- und Familienzentren geflossen seien. Er sehe hierin eine Quersubventionierung der Träger dieser Einrichtungen und würde stattdessen lieber gezielt mehrere kleine Einzelprojekte unterstützen.

Stadträtin **Klett-Heuchert** ist der Ansicht, dass es viele Projekte wert seien, im Zweifel auch direkt aus dem städtischen Haushalt gefördert zu werden. Sie wünscht sich, dass für eine Förderung durch den Fonds vorrangig Projekte ausgewählt werden, die auch nach Auslaufen der Förderung eine nachhaltige Wirkung zeigten.

Stadträtin **Lange** freut sich darüber, dass die Förderung der Kinder- und Familienzentren dauerhaft in den städtischen Haushalt übernommen worden sei. Für die Zukunft rege sie an, neben der Schwerpunktsetzung zu Gunsten der Kinder- und Familienzentren und der Förderung musischer Projekte auch Integrations- und Sportfördermaßnahmen stärker als bisher zu berücksichtigen.

EBM **Seigfried** weist abschließend darauf hin, dass man sich auf die Regelung verständigt habe, dass Förderbeträge bis 2000 € per Verwaltungsentscheidung vergeben würden. Bei höheren Beträgen entscheide das Gremium und somit habe dieses es selbst in der Hand, ob eher

Großprojekte oder mehrere kleine Einzelmaßnahmen gefördert würden. In diesem Zusammenhang kündigt er für das laufende Jahr eine Entscheidung über die Förderung der musischen Bildung an.

TOP 2

Goethe-Gymnasium, Seestraße 37 / Alleenstraße
30
- Grundsatzbeschluss zur Generalsanierung
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 004/11

Empfehlungsbeschluss:

Der Sanierung der Gebäude Seestraße 37 und Alleenstraße 30 zur Nutzung durch das Goethe-Gymnasium, das Schiller-Gymnasium und die Campus-Schulen mit geschätzten Gesamtkosten in Höhe von 11.200.000,- EUR inklusive 19 % MwSt. (Baukosten KG 200 - 700 brutto) wird auf Basis der derzeitigen Raumkonzeption vom 15.11.2010 zugestimmt. Den Kosten für die Außenanlagen in Höhe von 850.000,- EUR und dem Mobiliar von 620.000,- EUR wird zugestimmt.

Finanzierung:

Die Maßnahme wird im Vermögenshaushalt in den Jahren 2009 bis 2016 finanziert und ist im Finanzplan veranschlagt. Die Außenanlagen sind in den Jahren 2013 bis 2015 ff mit 850.000,- EUR veranschlagt. Beim Mobiliar sind derzeit im Finanzplan in den Jahren 2014 bis 2016 519.000,- EUR veranschlagt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Frau **Barnert** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) stellt an Hand von Fotografien des Baukörpers den Sanierungsbedarf dar. Sie erläutert die Sanierungspläne und geht auf die aktuellen Raumkonzeptionen von See- und Alleenstraße ein. Ziel sei es, die Eingriffe in die bauliche Substanz zu minimieren. Gleichzeitig sollten die technische Infrastruktur erneuert, energetische Maßnahmen durchgeführt und ein Aufzug eingebaut werden. Abschließend informiert sie an Hand von Lageplänen über die künftige Belegung des Innenstadtcampus, schildert den vorgesehenen Terminablauf gemäß dem Schulentwicklungsplan und beziffert die zu erwartenden Kosten für die vorgeschlagenen Maßnahmen.

Stadtrat **Herrmann** beurteilt die Maßnahme als grundsätzlich richtig und notwendig sowie als konsequenten Schritt zur weiteren Umsetzung des Schulentwicklungsplanes. Da er sich positive Auswirkungen auf die gesamte Schullandschaft in Ludwigsburg erhoffe, werde er der heutigen Vorlage grundsätzlich zustimmen. Weiter betont er, dass die Ausstattung einiger Räume der Profilbildung des Goethe-Gymnasiums diene und über die Forderungen der Modellkonzeption des Landes Baden-Württemberg hinaus gehe. Dies sei eine freiwillige Leistung der Stadt, die entsprechend gewürdigt werden müsse.

Stadtrat **von Stackelberg** freut sich darüber, dass die Sanierung nun endlich angegangen werde. Hierfür sei es höchste Zeit gewesen. Die Sanierung werde sich in vielerlei Hinsicht lohnen. Besonders gefielen ihm auch die Räume, die zur gemeinsamen oder variablen Nutzung durch unterschiedliche Schulen vorgehalten würden und eine entsprechende Flexibilität gewährleisteten. Als mittelfristige Option für die Nutzung des Stadtbades regt er an, dort eine Schüler-Bibliothek beziehungsweise einen Lese- und Arbeitsraum zur gemeinsamen Nutzung für alle Schulen einzurichten. Auch die Sanierung der Sporthallen des Goethe-Gymnasiums müsse in nächster Zeit in Angriff genommen werden.

Ebenso hofft Stadträtin **Moersch**, dass die anstehende „Mammut-Aufgabe“ entscheidend zu einer Verbesserung der Schul- und Bildungslandschaft in Ludwigsburg beitragen werde. Auch ihr gefallen die multifunktional nutzbaren Räume gut. Die bereits innerhalb der Raumkonzeption vorgeschlagene Schülerbibliothek sei ebenfalls positiv. Sie erkundigt sich nach den Planungen für die Außenanlagen, die in enger Abstimmung mit den Freiflächen des Campus angegangen werden müssten, und fordert die Verwaltung abschließend auf, die Kosten sehr genau im Auge zu behalten und den gesteckten Rahmen zwingend einzuhalten.

Stadträtin **Klett-Heuchert** sieht in der vorgeschlagenen Generalsanierung den lange erwarteten „Silberstreif am Horizont“ und will gerne zustimmen, damit die Maßnahme schnell umgesetzt werden könne. Sie weist auf Diskrepanzen zwischen dem geplanten zweiten Eingang des Goethe-Gymnasiums und den Zielen der Amokprävention hin und erkundigt sich danach, ob die Raumkonzeptionen auch für einen eventuell kommenden Ganztagesbetrieb sowie die Erfordernisse eines bilingualen Zugs und der Schulsozialarbeit ausgelegt seien.

EBM **Seigfried** stellt klar, dass das Raumprogramm auf Basis der heutigen Zügigkeit der Gymnasien ausreichend sei und zudem einen kleinen Puffer an Räumen vorhalte. Nicht ausreichend sei die Konzeption jedoch für die Themen Ganztage, Schulsozialarbeit und Lehrerarbeitsplätze. Bei größeren Veränderungen in diesen Bereichen müsse gegebenenfalls nachjustiert werden. Darauf habe man aber bereits bei der Aufstellung des Schulentwicklungsplanes hingewiesen.

Stadtrat **Heer** begrüßt die Sanierungsmaßnahme. Kritisch sehe er jedoch die in der Raumkonzeption eingeplante Schülerbibliothek. Wenn der Erhalt der Stadtteilbibliothek Schlösslesfeld in Frage gestellt werde, könne man nicht gleichzeitig hier eine neue Bibliothek entstehen lassen. Ein reiner Lern- und Rückzugsraum sei hingegen wünschenswert und finde seine Unterstützung.

Auch Stadträtin **Lange** verleiht ihrer Zustimmung Ausdruck. Sie erkundigt sich ebenso wie Stadträtin Moersch nach den Planungen und Kosten der Außenanlagen.

Auf Nachfragen verschiedener Stadträte sagt Frau **Barnert** zu, in der morgigen Sitzung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt nochmals detaillierter über die Kostenerhöhungen beim Mobiliar, die förderfähigen Kosten entsprechend den Förderrichtlinien sowie den Stand der Planungen für die Außenanlagen zu informieren.

Im Anschluss ruft EBM **Seigfried** die Vorl. Nr. 004/11 zur Abstimmung auf.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt die im Sachverhalt zur Vorl. Nr. 034/11 unter 3. genannten Maßnahmen im Rahmen der auf der Finanzposition 2.2000.9470.000-0002 zur Verfügung stehenden Mittel in den Jahren 2011 bis 2014 umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Frau **Trenkle** (DII) schildert mit Verweis auf die Vorl. Nr. 034/11 die derzeitige Situation an Ludwigsburger Schulen sowie die vom Expertenkreis Amok und vom Sonderausschuss des Landtags vorgeschlagenen Maßnahmen. Sodann unterbreitet sie die Vorschläge zum weiteren Vorgehen in Ludwigsburg, die in einer Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Polizei, der Geschäftsführenden Schulleiter und der Stadtverwaltung erarbeitet worden seien. Ziel sei es, die Sicherheit an Schulen zu erhöhen, ohne diese zu „Hochsicherheitstrakten“ auszubauen.

Das Gremium vertritt einmütig die Auffassung, dass Präventions- und Sicherheitsmaßnahmen grundsätzlich zu begrüßen seien, jedoch in einem angemessenen Rahmen bleiben müssten. Eine absolute Sicherheit sei leider nicht zu gewährleisten. Gleichzeitig müsse eine Schule weiterhin Lebens- und Lernort von Schüler- und Lehrerschaft bleiben und Schutzmaßnahmen müssten daher mit Augenmaß und Blick auf die tägliche Praktikabilität umgesetzt werden.

Die Stadträte **Herrmann** und **von Stackelberg** weisen übereinstimmend auf die unterschiedlichen Handlungsszenarien bei Feuer und Amokalarm hin. Beide Alarmsignale müssten zur Vermeidung von Fehlinterpretationen gut zu unterscheiden sein. Auch die sonstigen Schutzmaßnahmen müssten den unterschiedlichen Erfordernissen beider Fälle Rechnung tragen.

Stadträtin **Moersch** und Stadtrat Dr. **Vierling** weisen ergänzend auf die Bedeutung vorbeugender Maßnahmen hin, die einen Amoklauf gegebenenfalls verhindern könnten. Besondere Bedeutung messen sie hierbei der sozialen Arbeit und dem frühzeitigen Aufbau psychosozialer Kompetenzen bei Kindern und Jugendlichen bei. Stadtrat Dr. Vierling bittet in diesem Zusammenhang um einen Bericht, welche Maßnahmen an Ludwigsburger Schulen zur Früherkennung und zur Gegensteuerung bei Problemlagen ergriffen würden.

Auch Stadtrat **Heer** sieht in der Verbesserung der technischen Gegebenheiten lediglich eine Maßnahme zur Verhinderung von Gewalttaten oder zur Eindämmung von deren Auswirkungen. Flankiert werden müsse diese von pädagogischen und sozialen Ansätzen.

Auf Nachfrage von Stadträtin **Lange** berichtet Frau **Trenkle** ergänzend über die Erfahrungen vergleichbarer Kommunen beim Thema Amokprävention.

Sodann lässt EBM **Seigfried** über die Vorl. Nr. 034/11 Beschluss fassen.

Abweichender Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die in der Planungszelle Sportpark Ost ausgearbeiteten und nachfolgend aufgeführten Maßnahmen in den Masterplan „Vielfältiges Sportangebot“ einzubringen und entsprechend weiter zu bearbeiten.
2. Die Empfehlungen der Planungszelle Sportpark ost werden gemeinsam mit den Ergebnissen der geplanten Mehrfachbeauftragung zum städtebaulichen Rahmenkonzept Wohnpark Fuchshof im Rahmen eines Beteiligungsverfahrens aufeinander abgestimmt und mit den Bürgern erörtert.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Herr **Fröhlich** (FB Bildung, Familie, Sport) erinnert an die Entstehung des Themas Sportpark Ost und stellt Verbindung zu den Zielen der Stadtentwicklung her. Sodann präsentiert er unter Verweis auf die Vor. Nr. 537/10 die Empfehlungen der Planungszelle und geht detailliert auf die vorgeschlagenen zehn Maßnahmenpunkte ein. Er hoffe, die Empfehlungen in dem Maße Zug um Zug umsetzen zu können, wie die Ressourcen dies zuließen.

Stadtrat **Kromer** merkt an, dass die Entwicklung des Sportparks Ost nicht nur im Interesse der Sportvereine sei, sondern all jenen zugutekomme, die sich auf Bewegungsflächen frei betätigen wollten. Der jetzt erstmals schriftlich vorliegenden, konkretisierten Handlungsempfehlung wolle er daher gerne folgen. Mit Verweis auf den interfraktionellen Antrag Vorl. Nr. 093/11 betont er nochmals die Priorität der Sporthalle an der Oststadtschule. Zu den Maßnahmenpunkten 5 bis 7 und 10 wünscht er sich weitere Diskussionen auf Basis genauerer Pläne und eine breite Bürgerbeteiligung. Letzteres gelte auch für die Frage der Wohnbebauung nördlich der Fuchshofstraße. Gemeinsam mit dem FB Stadtplanung und Vermessung müsse die Problematik besprochen und die Bürgerbeteiligung rechtzeitig angegangen werden. Dabei sollten auch die Themen Berliner Platz und Trassenführung Waiblinger Straße angesprochen werden.

Stadtrat **von Stackelberg** lobt die guten und interessanten Empfehlungen der Planungszelle, von denen alle Bürger profitierten. Die Sportanlagen vor Ort böten eine gute Basis, auf welcher man aufbauen könne. Auch die Vereine befänden sich seiner Meinung nach mit der angestrebten Kooperation auf einen guten Weg. Wichtig sei ihm, dass man das Thema Sportpark Ost nicht überfrachte und die vorgeschlagenen Maßnahmen zunächst priorisiere. Der Sporthalle Ost räume auch seine Fraktion Vorrang ein. Abschließend erinnert er daran, dass in allen Jugendkonferenzen eine Skater-/BMX-Bahn gewünscht worden sei und schlägt vor, diese auf Grund der guten sozialen Kontrolle auch im Sportpark Ost unterzubringen.

Stadtrat **Glasbrenner** unterstützt die Vorl. Nr. 537/10 und die Vorschläge der Planungszelle Ost ebenfalls. Er sieht in diesem Beschluss jedoch lediglich die Beauftragung zur weiteren Ausarbeitung der Maßnahmen und zur grundsätzlichen Verankerung im Masterplan. Eine Vorabentscheidung werde hiermit nicht getroffen. Einzelheiten müssten in jedem Fall im Rahmen der jeweiligen Detailplanungen besprochen und beschlossen werden.

Stadträtin **Steinwand** kann den Beschlussvorschlag mittragen, vermisst jedoch die Grünflächenplanung hierzu. Kritisch sehe sie auch das Neubauprojekt des HCLs. Letzterer erwarte wahrscheinlich eine finanzielle Unterstützung durch die Stadt Ludwigsburg, die diese nicht bieten könne. Das Vorhaben werde sich daher sehr bald von selbst erledigen. Weiter regt sie an, die Tribüne des Ludwig-Jahn-Stadions, die nicht genutzt werde, aber Unterhalt koste, abzubauen und die Vereinsfusionen mit mehr Nachdruck weiter zu verfolgen. Die reine Gründung eines Vereinsverbands mache wenig Sinn.

Stadtrat **Heer** begrüßt die Sportentwicklungsplanung grundsätzlich und will diese weiter vorantreiben. Daher könne er der Vorl. Nr. 537/10 unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit und der weiteren Priorisierung der vorgeschlagenen Maßnahmen zustimmen. Er begrüße auch die Fusionsbestrebungen der Vereine und hoffe, dass diese erfolgreich zum Abschluss gebracht würden. Was die Bebauung an der Fuchshofstraße anbelange, so sei diese für die Finanzierung der Entwicklungen im Sportpark Ost sicher unabdingbar. Darüber hinaus bemängelt er die mangelnde Einbindung der Fraktionen in die Planungszelle.

Ebenso unterstützt Stadträtin **Lange** den eingeschlagenen Weg und die von der Planungszelle empfohlenen Maßnahmen. Insbesondere die Zusammenlegung von Vereinen mit ähnlichem Angebot finde ihre Zustimmung.

Am Ende der Aussprache fasst EBM **Seigfried** die Stellungnahmen der Fraktionen dahingehend zusammen, dass diese im weiteren Verfahren wie angesprochen unter anderem Überlegungen zum Wohnpark Fuchshof einbeziehen und mit den Bürgern diskutieren möchten. Er ergänzt daher im Beschlussvorschlag der Vorl. Nr. 537/10 eine neue Ziffer 2 und stellt den geänderten Beschluss abweichend zur Abstimmung.

Auf Nachfrage von Stadtrat Dr. **Bohn** sagt er explizit zu, dass das Thema Sporthalle Ost oberste Priorität genieße und als erste der vorgeschlagenen Maßnahmen in den gemeinderätlichen Gremien diskutiert werde.

Im Anschluss hieran lässt EBM **Seigfried** über den interfraktionellen Antrag Vorl. Nr. 093/11, TOP 4.1., abstimmen. Dieser wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

TOP 4.1

Neubau Ost-Sporthalle
- gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU,
SPD, FW und Bündnis 90/Die Grünen

Vorl.Nr. 093/11

Beschluss

Der Neubau einer Sporthalle Ost hat Vorrang vor allen anderen Neubau- und Sanierungsplänen von Sporthallen in der Stadt und ist auch unabhängig vom Fortschritt des Vorhabens Sportpark Ost zu realisieren.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Ja 14 Nein 0 Enthaltung 1

Beratungsverlauf:

Der interfraktionelle Antrag Vorl. Nr. 093/11 wird im Sachzusammenhang mit Vorl. Nr. 537/10 gestellt und beschlossen.

Zum Beratungsverlauf siehe TOP 4.

TOP 5

Förderung des Waldorfkindergarten Ludwigsburg
e.V. gemäß § 8 KiTaG

Vorl.Nr. 043/11

Beschluss:

1. Die beiden Kindergartengruppen des Waldorfkindergarten Ludwigsburg e.V. für Kinder im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintritt werden rückwirkend zum 01.01.2009 **in die Bedarfsplanung der Stadt Ludwigsburg aufgenommen.**
2. Bei der Bezuschussung der beiden Kindergartengruppen und der Krippengruppe des Waldorfkindergarten Ludwigsburg e.V. wird rückwirkend ab dem 01.01.2009 eine **Pauschalabrechnung** angewendet. Hierbei werden anerkannte Betriebskosten auf Basis der vom Städte- und Gemeindetag festgelegten Kosten/Platz errechnet. Der Waldorfkindergarten Ludwigsburg e.V. erhält für Betreuungsplätze für Kinder im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintritt einen Zuschuss in Höhe von 63% der anerkannten Betriebskosten und für Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren einen Zuschuss in Höhe von 68% der anerkannten Betriebskosten. Die derzeit bestehenden Fördermodalitäten für die drei Gruppen werden rückwirkend ab dem 01.01.2009 aufgehoben.
3. Die durch die Aufnahme in die Bedarfsplanung der Stadt Ludwigsburg und die damit verbundene gesetzliche Finanzierung des Waldorfkindergarten Ludwigsburg e.V. entstehenden **Netto-Mehrkosten im Jahr 2011 in Höhe von 38.820 €** werden genehmigt.

Hiervon entfallen

- 25.290 € auf das Abrechnungsjahr 2009,
- 6.540 € auf das Abrechnungsjahr 2010 und
- 6.990 € auf das Abrechnungsjahr 2011.

Die Mehrausgaben für die Jahre 2009 und 2010 in Höhe von 56.430 € werden über Haushaltsreste aus dem Jahr 2010 finanziert. Die Mehrausgaben für das Jahr 2011 in Höhe von 31.140 € sind im Verwaltungshaushalt 2011 veranschlagt. Die Mehreinnahmen für die Jahre 2009, 2010 und 2011 in Höhe von insgesamt 48.750 € werden zum Nachtragshaushalt 2011 angemeldet.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** erinnert an die Änderung des § 8 KiTaG. Mit dem heutigen Beschluss zur Vorl. Nr. 043/11 werde der letzte freie Träger in Ludwigsburg mit den sechs anderen gleichziehen und künftig gleich behandelt werden.

Auf weitergehenden Sachvortrag wird verzichtet.

Das Gremium beurteilt die Aufnahme des Waldorfkindergartens in die Bedarfsplanung und die Anwendung der neuen Fördermodalitäten als konsequente Fortsetzung des Weges, den man seit 2010 für die sechs anderen Träger von Ludwigsburger Kindertageeinrichtungen beschreite. Weiter verleihen die Gremienmitglieder ihrer Wertschätzung für die Arbeit des Kindergartens Ausdruck.

Sodann beantworten EBM **Seigfried** und Frau **Elter** (FB Bildung, Familie, Sport) Nachfragen des Gremiums zu unterschiedlichen Fördermodalitäten bei städtischen, kirchlichen und freien Kindertageeinrichtungen sowie zur Berechnung des interkommunalen Kostenausgleichs.

Im Anschluss stellt EBM **Seigfried** die Vorl. Nr. 043/11 zur Abstimmung.

TOP 6

Bericht zu Waffenkontrollen

Vorl.Nr. 068/11

Beratungsverlauf:

Herr **Winkler** (FB Sicherheit und Ordnung) gibt mit Verweis auf die Vorl. Nr. 068/11 allgemeine Informationen über die Arbeit der örtlichen Waffenbehörde und berichtet über die Ergebnisse der Kontrollen der Waffenaufbewahrung. An Hand von zwei Fallbeispielen schildert er exemplarisch den Ablauf von Kontrollmaßnahmen. Ziel sei es, die Kontrollen weiterzuführen und innerhalb von 5 Jahren möglichst jeden Waffenbesitzer einmal zu kontrollieren. Als Erfolge werte man unter anderem die bessere Aufklärung von Erb- und Altwaffenbesitzern über deren Pflichten sowie die seit 2009 deutlich gestiegene Zahl der Waffenabgaben.

Auf Nachfragen der Stadträte **Herrmann** und Dr. **Bohn** informiert er über die Anwendung der in der städtischen Gebührensatzung festgelegte Gebührenerhebung bei allen Waffenkontrollen und die Ausnahmeregelungen bei Abgabe der Waffe. Weiter bestätigt er die kostendeckende Berechnung dieser Gebühren.

Stadtrat **Herrmann** fordert die Verwaltung dazu auf, den Bericht in ein bis zwei Jahren zu

wiederholen und über die bis dahin gemachten Erfahrungen zu berichten.

Prof. Dr. **Vierling** zweifelt daran, dass das Ziel, innerhalb von 5 Jahren alle Waffenbesitzer zu kontrollieren, beim derzeitigen Kontrollrhythmus einhaltbar sei. Die Kontrollen müssten deutlich intensiviert werden. Er bittet weiter darum nachzureichen, in wie vielen Fällen auf die schriftliche Abfrage der Waffenbehörde hin ungenügende Antworten eingegangen seien und in wie vielen Fällen bereits die Antwort gezeigt habe, dass Verstöße gegen das Waffenrecht vorlägen. Weiter interessiere er sich noch für die Zahl der Fälle, die bei Kontrollen angetroffen worden seien und von denen das Waffenrecht eingehalten worden sei.

Herr **Winkler** sagt dies zu.

EBM **Seigfried** stellt auf Anfrage von Stadträtin **Lange** dar, dass es keine rechtliche Grundlage für die Einführung einer Sondersteuer für Waffenbesitzer in Ludwigsburg gebe. Weiter beantwortet er gemeinsam mit Herrn Winkler Fragen von Stadträtin **Moersch** zu den verfügbaren Zwangsmaßnahmen, wenn Waffenbesitzer den Zutritt zur Wohnung verweigerten.

Im Anschluss ruft er die Vorl. Nr. 068/11 zur Abstimmung auf.

TOP 7

Annahme von Spenden, Schenkungen u.ä.
Zuwendungen 2. Halbjahr 2010
(Nachmeldungen)

Vorl.Nr. 060/11

Beschluss:

Die in der Anlage zur Vorl. Nr. 060/11 aufgeführten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen werden für das Haushaltsjahr 2010 gesammelt angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Schittenhelm (befangen)
Stadtrat Kromer

Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Auf Sachvortrag und Aussprache wird verzichtet.

EBM **Seigfried** lässt über die Vorl. Nr. 060/11 abstimmen.